

Elsbeth Schneider muss nachgeben

Nach heftiger Kritik ist die Baudirektorin bereit, den Richtplan zu überarbeiten



Will es richten. Baudirektorin Elsbeth Schneider geht auf die Kritik am Richtplan jetzt doch noch ein. Foto Roland Schmid

MICHAEL ROCKENBACH

Der Kanton darf nicht zulassen, dass das Baselbiet wild verbaut wird! Er muss das Wachstum lenken! Die Kritik am Richtplan-Entwurf war vernichtend. Der Bund drohte, den Plan abzulehnen. Jetzt zieht Baudirektorin Elsbeth Schneider Konsequenzen.

Elsbeth Schneider ist in einer ungemütlichen Lage. Die abtretende Baudirektorin riskiert mit ihrem letzten grossen Geschäft, dem Kantonalen Richtplan, grandios zu scheitern. Nicht einmal ihre eigene Partei, die CVP, war mit dem zweiten Entwurf zufrieden, Naturschutzorganisationen zerfetzten ihn in der Luft und der Bund drohte gar, den Plan abzulehnen. Ende September ging die Vernehmlassung zu Ende, seither ist klar: In dieser Form hat der Richtplan auch im Landrat keine Chance.

SPÄTE EINSICHT. Das hat auch Elsbeth Schneider gemerkt. Nachdem sie die Kritik am ersten Entwurf noch übergang und eine fast unveränderte zweite Version in die nächste Vernehmlassung gab, zeigt sie sich jetzt, wenige Monate vor dem Amtsende, doch noch lernfähig. «Ich nehme die Stellungnahmen aus der Vernehmlassung sehr ernst», sagt sie: «Ich bin bereit, Änderungen vorzunehmen.» Auch in heiss umstrittenen Fragen, wie sie der baz verrät.

> Beispiel Siedlungsentwicklung. Der Entwurf sah vor, dass die Raumplanung weitgehend den Gemeinden überlassen wird. «Es fehlen griffige Lenkungsmaßnahmen, die die Zersiedlung stoppen würden», kritisierte deshalb auch die FDP. Und Christoph Heitz, Obmann der Bauverwalterkonferenz, warnte vor einem wilden Wachstum im oberen Baselbiet – und massivem Mehrverkehr im unteren Kantonsteil. Damit es nicht soweit kommt, hat der Landrat im Regionalplan Siedlung und im Konzept für räumliche Entwicklung (Kore) schon vor Jahren festgehalten, dass sich das Baselbiet vor allem in der

Agglomeration entlang der ÖV-Hauptachsen entwickeln soll. An diese raumplanerischen Grundsätze will sich Elsbeth Schneider jetzt doch noch halten. «Der Regionalplan Siedlung und das Kore können eine Lösung bringen», sagt sie.

> Beispiel Strassengeschenk. Der Kanton will 50 Strassen loswerden und sie an 30 Gemeinden abtreten. Doch diese wollen von dem Geschenk nichts wissen. Erste Gemeinden haben bereits gedroht, sie würden die Strassen eher schliessen, als für den Unterhalt aufzukommen. Jetzt will die Baudirektion mit ihnen Verhandlungen aufnehmen und die Frage der Finanzierung klären.

> Beispiel Südumfahrung. Elsbeth Schneider will, dass die Regierung darüber diskutiert, ob die Hochleistungsstrasse von Allschwil nach Aesch aus dem Richtplan gestrichen werden soll. Eine heikle Frage. Schneider ist überzeugt, dass die Strasse in 15 bis 20 Jahren gebaut werden muss, wenn der Verkehr bis dahin weiter zunimmt. Doch gerade im Leimental ist der Widerstand gegen die Strasse, die eine Wunde in die unberührte Natur reissen würde, gross. Die Mehrheit der Unterbaselbieter Gemeinden lehnt es ab, dass der Richtplan der Strasse ein Trasse freihält. Und das Komitee gegen die Südumfahrung hat mit einem Referendum gegen den Richtplan gedroht, falls das umstrittene Milliardenprojekt drin bleibt. Damit droht das zentrale Planungsinstrument an einer einzigen umstrittenen Frage zu scheitern – falls es vom Parlament überhaupt angenommen wird.

Daran zweifelt Schneider noch immer nicht. In den nächsten Wochen möchte sie das Papier überarbeiten und der Regierung präsentieren. Der Landrat soll Anfang nächstes Jahr über die Vorlage abstimmen. «Meinem Nachfolger möchte ich ein solch wichtiges Geschäft nicht hinterlassen», sagt die Baudirektorin.

Bern droht ein zweites Mal mit der Nichtgenehmigung

KRITIK BEKRÄFTIGT. Der Bund hat seine Kritik am zweiten Richtplan-Entwurf bekräftigt. Bern droht erneut mit Nichtgenehmigung der Kapitel über die Siedlungsentwicklung, wenn der Kanton Baselland nicht «verbindliche, gemeindeübergreifende Leitplanken» setze. Den Ansatz zugunsten von mehr Gemeindeautonomie bei der Siedlungsentwicklung betrachtet das Bundesamt für Raumentwicklung in seiner Vorprüfung vom 23. Oktober 2006 «nach wie vor als nicht sachgerecht» und als «nicht nachvollziehbar». Dem Richtplan komme gerade im Siedlungsbereich eine «zentrale gestaltende und steuernde Funktion» zu. Hier aber vermisst das Bundesamt «konkrete Vorstellungen und Vorgaben des Kantons».

Erneut kritisiert Bern das Auseinanderklaffen zwischen dem Konzept der räumlichen Entwicklung Basel-Landschaft und dem Richtplan: Gegenüber dem Regionalplan Siedlung würden die Regelungen zur Baugebietsbegrenzung «sogar noch stark zurückgenommen». Abgeschwächt gegenüber dem Regionalplan Landschaft werde zudem der Schutz von naturnahen Landschaften. Der Bund fordert: «Es sind klare und harte Kriterien für die Baugebietserweiterung zu formulieren und Massnahmen zu prüfen, wie mit den zu grossen und vor allem schlecht gelegenen bestehenden Bauzonen umgegangen werden soll.» Liestals weitgehender Verzicht auf Lenkung erfülle auch die Forderungen des Agglomerationsprogramms kaum. Ma

Gastrobetriebe schlagen auf

Auch im Baselbiet ist mit Preiserhöhungen zu rechnen

LUKAS MEILI

In Basel werden die Gastropreise noch vor Weihnachten teurer. Auch das Baselbiet bleibt von Aufschlägen nicht verschont – allerdings werden sie wahrscheinlich tiefer ausfallen als in der Stadt.

Noch vor Weihnachten müssen Restaurantgäste in Basel bis zu zwei Franken mehr für Essen und Getränke bezahlen (vgl. baz vom Samstag). Auch das Baselbiet wird ab Anfang des nächsten Jahres in den zweifelhaften Genuss dieser Aufschläge kommen, wie Urs Stingelin, der Präsident von Gastro Baselland, der baz sagt: «Neben der Anhebung der Mindestlöhne und dem Aufschlag in der Familienausgleichskasse werden auch die Preise der Brauereien und Mineralwasserhersteller steigen.» Diese Mehrkosten müssten nun auf den Kunden abgewälzt werden.

Wie viel Geld für die Stange oder das Tagesmenü draufgezahlt werden muss, könne er nicht sagen – «das Kartellgesetz verbietet uns, eine Preisliste herauszugeben». Erlaubt sei Gastro Baselland aber, den Mitgliedern statistische Zahlen zu liefern, damit die Beizer sich ein Bild davon machen können, was auf sie zukommt. «Anhand dieser Zahlen können sie dann selber entscheiden, um wie viel sie aufzuschlagen wollen», sagt Stingelin.

KEIN PREISKAMPF. Zum Vergleich: In Basel schlagen Kaffee, Tee, Offener Bier und Mineralwasser etwa um 20 Rappen, Mittagmenüs um einen Franken und teure Hauptgänge gar um über zwei Franken auf. Stingelin rechnet damit, dass sich die Verteuerung im Baselbiet in einem ähnlichen Rahmen bewegen wird, wahrscheinlich aber nicht ganz so massiv. «Weil das Baselbiet ein generell niedrigeres Preisniveau als der Stadtkanton hat, werden auch die Aufschläge leicht niedriger ausfallen.»

Dass die Erhöhungen auf Kosten der Kunden gehen, hält er indes für die einzig sinnvolle Lösung: «Ich glaube nicht, dass der Wettbewerb über einen Preiskampf entschieden werden kann – das würde den Restaurantbesitzern eher schaden.»

Diese sind sich derweil noch nicht ganz sicher, was sie von der kommenden Erhöhung halten sollen. «Dass früher oder später aufgeschlagen werden muss, und dass der Aufschlag auf den Kunden abgewälzt wird, ist leider ein notwendiges Übel», lautet der Tenor. Die meisten Restaurantbesitzer wollen zuerst einmal abwarten, wie sich die Teuerung entwickelt.

Gemeinden stellen auf Blockzeiten um

Neues System bei Primarschulen führt zu zusätzlichen Kosten

LUKAS MEILI

Bereits zwei Drittel aller Gemeinden haben in den Primarschulen die Blockzeiten eingeführt – obwohl das System erhebliche Mehrkosten mit sich bringt.

Die Blockzeiten erfreuen sich enormer Beliebtheit – jedenfalls, wenn man den Zahlen Glauben schenken will: Kamen vor zwei Jahren noch 55 Prozent der Baselbieter Schüler in den Genuss des neuen Systems, sind es im laufenden Schuljahr schon 85 Prozent. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Gemeinden, die auf das System umgestellt haben, von 22 im Schuljahr 2004/05 auf 64 gesteigert. Dies geht aus einer gestern publizierten Studie der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) hervor.

FAMILIENERGÄNZEND. Beim Blockzeiten-System müssen die Kinder von Montag bis Freitag an jedem Vormittag zwischen acht und zwölf Uhr die Schulbank drücken, erhalten dafür aber – je nach Klassenstufe – zusätzlich

nur an einem, zwei oder drei Nachmittagen Unterricht. «Durch können sich die Kinder einerseits intensiver in einen Stoff einarbeiten», sagt Renate Berger vom Amt für Volksschulen. Die Lehrperson könne sich besser einzeln Schüler annehmen. «Andererseits sind die Blockzeiten ein familienergänzendes Angebot: Gerade berufstätige Eltern können Job und Familie so besser unter einen Hut bringen.»

Dass sich bis jetzt so viele Gemeinden für das neue System entschieden haben, löst bei der BKSD grosse Freude aus. «Die Blockzeiten sind ein wichtiger Eckpfeiler des Bildungsgesetzes», sagt Berger. Viele Gemeinden hätten vor der Umstellung zwar oftmals Bedenken gehabt, ob der Blockunterricht nicht zu viel für die Kinder sei. «Weil das System aber schon im Kindergarten beginnt, haben sich die Kinder bis zum Anfang der Primarschule an das Modell gewöhnt.» Für Kinder, die im Kindergarten mit den langen Blöcken Mühe

haben, könne man ja immer noch zusammen mit den Eltern einen individuellen Plan ausarbeiten.

WECHSEL IST FREIWILLIG. Zwar wären die Gemeinden seit dem Inkrafttreten des neuen Bildungsgesetzes im Jahre 2003 dazu verpflichtet, die Umstellung bis zum Schuljahr 2006/2007 durchzuführen – «aber hier lässt man ihnen Freiheiten», sagt Berger. Gemeinden, die noch nicht auf das neue System umstellen wollen, können davon abweichende Unterrichtszeiten in kommunalen Reglementen definieren. Diese müssen von der Gemeindeversammlung oder vom Einwohnerrat genehmigt werden. Wollen die Gemeinden dann trotzdem wechseln, muss per Beschluss derselben Instanzen das Reglement wieder aufgehoben werden. «Den Gemeinden ist es also freigestellt, ob sie jetzt oder erst später wechseln wollen.»

Ganz ohne Nachteile ist eine Umstellung auf Blockzeiten aber

PRIMARSCHULE BASEL-LANDSCHAFT: UMFASSENDE BLOCKZEITEN IM SCHULJAHR 2006/07



Mehrheit. 64 von 86 Gemeinden haben in den Primarschulen bereits die Blockzeiten eingeführt.

doch nicht. «Das System hat seinen Preis», räumt Berger ein. Führt eine Gemeinde Blockzeiten ein, fallen bis zu sechs zusätzliche Lektionen an. Jede davon kostet auf der Primarschulstufe jährlich etwa 4600 Franken, auf der Kindergartenstufe etwa 4200 Franken (der kantonale Finanzausgleich ist in den Zahlen allerdings noch nicht berücksichtigt). Zusätzlich zu diesen Ausgaben müssen die Gemeinden die benötigte Infra-

struktur und die entsprechenden Räume zur Verfügung stellen. Das ist laut Berger für einige Gemeinden mit ein Grund, warum sie noch nicht umgestellt haben. «Für die Gemeinden ist eine Umstellung auf das Blockzeitemsystem nicht kostenneutral.»

DRUCK DER ELTERN. Trotzdem zeigt man sich beim Amt für Volksschulen sehr zuversichtlich, dass die restlichen Gemeinden – 34 sind es bei den Kinder-

gärten, 22 bei den Primarschulen – früher oder später auch noch nachziehen und auf das Blockzeitemsystem umstellen werden. «Wir setzen einerseits auf die Eigenverantwortung der Gemeinden», sagt Berger. Andererseits stecke man auch Hoffnung in die Eltern der Schulkinder, die bei den Gemeinden Druck machen, auf das neue System umzusteigen. «Die vielen positiven Argumente überwiegen schliesslich die Kosten», schliesst Berger.